



Dienstag, 28. Oktober 2025, 15:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Unterwürfigkeit als Strategie

In Deutschland und Europa prägen politische Stimmen den Diskurs, deren Anliegen es zu sein scheint, europäische Interessen deckungsgleich mit denen der USA erscheinen zu lassen.

von Ingrid Ansari
Foto: Robsonphoto/Shutterstock.com

Die Einbettung in der NATO ist der heilige Gral derer,

die sich eine andere Sicherheitsstrategie für Europa nicht im Traum vorstellen können. Der Große amerikanische Bruder sei das Einzige, was im Fall der Fälle den Frieden sichert, so das Narrativ. Wer auf diese Weise denkt, kann nur noch verschwommen oder am Ende gar nicht mehr erkennen, an welchen entscheidenden Stellen sich europäische Interessen von amerikanischen unterscheiden. In deutschen Fernsehsendungen sitzen regelmäßig Experten und Intellektuelle, denen man genau diesen Vorwurf machen kann und ihn sogar noch um den Punkt der Befangenheit, durch die Mitgliedschaft in transatlantischen Organisationen, erweitern müsste.

In meinem Manova-Beitrag „Die einzige Weltmacht
(<https://www.manova.news/artikel/die-einzig-weltmacht>)“
beschrieb ich, wie die USA niemals ihren Anspruch auf die alleinige Weltherrschaft aufgeben haben. Der Text „Der Riss im Osten
(<https://www.manova.news/artikel/der-riss-im-osten>)“ zeigt, wie sie dieses Ziel mit den sogenannten Farbrevolutionen und Regimewechseln umsetzen wollen. Im folgenden Artikel soll es – wie schon in „Ein prahlerisches Eingeständnis
(<https://www.manova.news/artikel/ein-prahlerisches-eingestandnis>)“ – um die willigen Vollstrecker gehen, die den Wünschen Amerikas ohne Not und gegen die Interessen ihres eigenen Landes Folge leisten.

Ich bin sicher nicht die Einzige, die die seit Monaten eskalierende Kriegshysterie an die Anfänge der Corona-Hysterie erinnert. Damals wie heute sprachen und sprechen hochrangige Vertreter des öffentlichen Lebens von Krieg.

Bei der Ankündigung und Begründung der rigiden 15-tägigen Ausgangssperre überraschte der französische Präsident **Emmanuel Macron** (<https://www.tagesspiegel.de/politik/100000-polizisten-kontrollieren-ausgangssperre-in-frankreich-7424398.html>) im März 2020 mit der Aussage:

„Wir sind im Krieg. Wir kämpfen weder gegen Armeen noch gegen eine andere Nation. Aber der Feind ist da, unsichtbar – und er rückt vor.“

US-Präsident **Joe Biden** (<https://www.spiegel.de/ausland/joe-biden-spricht-von-krieg-gegen-coronavirus-bernie-sanders-will-donald-trump-den-mund-verbieten-a-dbd2c2b8-9ff0-4e4c-96ba-7e7cd0c72d3f>) milderte diese Aussage nur wenig ab:

„Dies ist wie im Krieg. Dies ist, als würden wir aus dem Ausland angegriffen.“

Schon damals sollte die martialische Bildsprache tiefsitzende Ängste der Bevölkerungen und damit Zustimmung zu den Zwangsmaßnahmen auslösen. Es geht um das sogenannte Erwartungsmanagement, um die Bevölkerung auf etwas geplantes Bedrohliches vorzubereiten.

Schüren von Ängsten

Obwohl es inzwischen um einen „echten“ Krieg geht, gibt es neue, aber erstaunlich ähnliche Variationen dieses Themas.

Generalleutnant André Bodemann sagte schon am 17. Januar 2025 in einem Interview **bei BR24**

(<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/generalleutnant-deutschland-schon-lange-nicht-mehr-im-frieden,Ua8q55u>):

„Wir befinden uns formaljuristisch nicht im Krieg, aber nach meiner Auffassung auch schon lange nicht mehr im Frieden, weil wir jeden Tag hybriden Bedrohungen ausgesetzt sind. Das ist spürbar, und das nimmt spürbar zu.“

„Wir sind nicht mehr ganz so im Frieden, wie wir waren“, mahnte der bayrische Ministerpräsident **Markus Söder** (<https://www.tag24.de/nachrichten/politik/deutschland/politiker/markus-soeder/sind-nicht-mehr-ganz-so-im-frieden-markus-soeder-warnt-vor-wachsender-bedrohungslage-3425673>). Und Bundeskanzler Friedrich Merz meinte, wir seien noch nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden.

Auch heute ist „der Feind“ – wie Macron ihn beschrieben hat – für die Bürger unsichtbar, hybrid, und es wird erneut behauptet, die Bedrohungen nähmen „spürbar“ zu. Alle diese Adjektive stehen für eine diffuse Bedrohung, für die es keine schlüssigen Beweise gibt.

Wie schon bei Corona braucht man für die Verbreitung solcher Angstszenarien eine Riege von Politikern, Journalisten und Experten, die in Medien und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Äußerungen der Regierung bestätigen. Dazu gehört auch, jede andere Meinung, jede echte Opposition so weit wie möglich aus den Mainstream-Medien auszugrenzen. Im Folgenden seien einige der Personen genannt, die zum Kreis derjenigen gehören, die überall im Mainstream immer wieder ihre regierungstreuen Beiträge vorbringen können:

Da sind zum Beispiel stets dieselben Journalisten der Mainstream-Medien, ausgewählte Vertreter der sogenannten Altparteien, sowie Experten verschiedener Couleur. Die Militärexperten Sönke Neitzel – seit 2015 Lehrstuhlinhaber für Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam – und Carlo Masala, ab 2004 Forschungsberater, später stellvertretender

Direktor für akademische Forschung am „NATO Defense College“ in Rom und seit 2007 Professor für internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München. Masala ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ und berät das Bundesministerium für Verteidigung. Sein österreichischer Kollege, der Politikwissenschaftler Gustav Gressel ist seit November 2014 Experte für Osteuropa, Sicherheitspolitik und Militärstrategien beim einflussreichen „**European Council on Foreign Relations**“ (<https://ecfr.eu/>) (ECFR) in Berlin.

Das ECFR wurde 2007 von Mark Leonhard gegründet; unter den 50 Gründungsmitgliedern sind Politiker wie Joschka Fischer, Cem Özdemir, Karl-Theodor von und zu Guttenberg sowie der österreichische Soziologe und beim Thema Migration allgegenwärtige Gerald Knaus, auch Vorsitzender der „Europäischen Stabilitätsinitiative“ (ESI), einer Denkfabrik mit Sitz in Berlin und Büros in Brüssel, Istanbul und Wien. Bei den Förderern und Geldgebern dieser und weiterer mächtiger Thinktanks tauchen immer wieder die „**Open Society Foundations**“ (<https://www.opensocietyfoundations.org/>) von George Soros auf.

Oft ist auch die Expertin für Sicherheitspolitik Claudia Major – ein besonders augenfälliges Beispiel für das eiskalte Vertreten fremder Interessen – in Talkshows präsent: Von 2020 bis 2025 leitete sie die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der „**Stiftung Wissenschaft und Politik**“ (<https://www.swp-berlin.org/>) in Berlin; seit März 2025 ist sie Vizepräsidentin für transatlantische Sicherheitsinitiativen des „**German Marshall Fund**“ (https://de.wikipedia.org/wiki/German_Marshall_Fund) und konzentriert sich auf die Forschungsbereiche Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit Schwerpunkt NATO und EU.

Auch zwei Konfliktforscherinnen sitzen häufig in Sendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Die Zukunfts- und

Konfliktforscherin Florence Gaub hat für die Europäische Union gearbeitet und ist derzeit Forschungsdirektorin der NATO-Militärakademie in Rom und Expertin auf dem Gebiet Sicherheit und Konflikte im Nahen Osten und Nordafrika. Nicole Deitelhoff ist Professorin an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und seit 2016 Leiterin des Leibniz-Instituts für Friedens- und Konfliktforschung. Dann ist da noch der Extremismus-Forscher Peter Neumann, der häufig in Radio und Fernsehen als Experte für Terrorismus und politische Gewalt auftritt. Er ist Gründungsdirektor des „International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence“ und Professor für Sicherheitsstudien am War Studies Department des King's College London. Auch eine Drohnen-Expertin gibt es jetzt. Am 9. Oktober war sie wieder einmal **bei Markus Lanz**

(<https://www.zdf.de/video/talk/markus-lanz-114/markus-lanz-vom-9-oktober-2025-100>) eingeladen. Ihr Name ist Ulrike Franke,

Senior Policy Fellow

(https://ecfr.eu/profile/ulrike_esther_franke/) beim „European Council on Foreign Relations“.

Am 7. Oktober 2025 stellte der CDU-Außenpolitiker und Oberst a.D. Roderich Kiesewetter – regelmäßiger Teilnehmer bei internationalen Begegnungen wie der Münchner Sicherheitskonferenz und bei den „Globalen Atlantikern“

(<https://www.instagram.com/reel/DPmZ7laETlw/>)“ der Friedrich-Ebert-Stiftung – bei Markus Lanz noch einmal das seit Monaten in Dauerschleife wiederholte Sammelsurium vor, das er als Beweis für Wladimir Putins Angriffslust, Austesten von Reaktionen und Schüren von Ängsten, sowie für Sabotageakte, brennende DHL-Container

(<https://www.zdfheute.de/politik/ausland/dhl-paket-brand-russland-moegliche-sabotage-100.html>), Cyber-Angriffe, Drohnenüberflüge und Ausspähen kritischer Infrastruktur auf Lager hat.

Nachprüfbare Beweise hat er für all das nicht; vieles davon wird von allen Seiten schon immer betrieben – man denke nur an das abgehörte Handy von Kanzlerin Angela Merkel und an die Enthüllungen von Edward Snowden. Von dem für unsere Wirtschaft fatalen Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines ist beim Thema Sabotage mal wieder nicht die Rede.

Transatlantische Netzwerke im Dienst fremder Interessen

Wie wir sehen, sind die oben genannten Transatlantiker – und dazu gehören Politiker, Militärs, Banker, Medienbosse, Konzernchefs und Geheimdienstler – Mitglieder von nicht demokratisch legitimierten transatlantischen Stiftungen, Gesellschaften, Thinktanks und NGOs mit ihren steinreichen Geldgebern, deren Vorstellungen, wie die Welt nach ihrem Willen gestaltet werden soll, sie Folge leisten. Sie bilden ihre eigenen „Young Leaders“ aus – mit Austauschprogrammen, Stipendien, Schulungen, Seminaren und Konferenzen – mit dem Ziel „amerikanische Interessen als im Prinzip deckungsgleich mit den Interessen der Deutschen beziehungsweise der Europäer zu definieren“ und „gegen die größte Gefahr: das Konzept de Gaulles von einem Europa der Vaterländer mit einer Achse Paris-Berlin-Moskau, die sich während der Regierung Schröder bedrohlich abzeichnete, zu kämpfen“, so Friederike Beck in ihrem lesenswerten Buch „Das Gutenberg-Dossier“.

Beispiele

Annalena Baerbock, „**Young Global Leader** (<https://www.business-leaders.net/wef-young-global-leaders-die-liste-der-deutschen-teilnehmer/>)“ ausgebildet vom World Economic Forum, **hat es klar**

ausgesprochen (<https://www.berliner-zeitung.de/news/egal-was-meine-deutschen-waehler-denken-annalena-baerbocks-aeusserung-sorgt-fuer-wirbel-li.262685>):

„Wenn ich den Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe: Wir stehen an eurer Seite, solange ihr uns braucht, dann will ich es einhalten. Egal, was meine deutschen Wähler denken.“

Wir sehen die Unterwürfigkeit hoher deutscher Politiker am Schweigen von Bundeskanzler Olaf Scholz, während US-Präsident Joe Biden

(<https://www.youtube.com/watch?v=OS4O8rGRLf8&t=6s>)

bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus den Angriff auf Deutschlands Wirtschaftsader Nord-Stream ankündigte, sollte Russland die Ukraine angreifen. Und zum zweiten Mal am Schweigen von Kanzler Friedrich Merz, als Präsident Donald Trump beim Besuch des deutschen Staatschefs am 5. Juni 2025 im Oval Office (<https://www.youtube.com/watch?v=QdeazwBDXBo&t=5s>) damit prahlte, den Stopp von Nord-Stream 2 veranlasst zu haben.

Zwei Bundeskanzler, die ohne Not geschehen lassen, dass ein höchst erfolgreiches Wirtschaftsmodell im Interesse eines fremden Landes auf Kosten der eigenen Bevölkerung zum Einsturz gebracht wurde.

Bei einem Besuch **des finnischen Präsidenten Alexander Stubb** (<https://www.youtube.com/watch?v=QdeazwBDXBo&t=5s>) (Young Global Leader des WEF) im Oval Office am 9. Oktober 2025 zeigte sich der Finne höchst erfreut, sowohl über die von den USA geforderte Erhöhung der Militärausgaben, als auch darüber, dass Länder in Europa nun nicht mehr Gas und Öl von Russland, sondern das viel teurere und umweltschädliche von den USA kaufen:

„Sie haben uns Europäer nachdrücklich dazu gedrängt, kein Öl und

Gas aus Russland zu kaufen, was ich für eine völlig richtige Entscheidung halte.“

Für den polnischen Ministerpräsidenten **Donald Tusk** (<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/nord-stream-anschlag-polen-will-verdaechtigen-nicht-ausliefern,nordstream-204.html>) ist das Problem ebenfalls nicht die Sprengung von Nord-Stream 2, sondern dass die Pipeline überhaupt gebaut wurde.

Am 12. Februar 2025 traf sich US-Verteidigungsminister Pete Hegseth in Brüssel mit der „Ukraine-Kontaktgruppe“ (**auch Ramstein-Gruppe** (<https://de.wikipedia.org/wiki/Ramstein-Format>)). **In seiner Rede betonte er** (<https://www.youtube.com/watch?v=KBa8pDgG3RI&t=7s>) die Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Führung bei der Unterstützung der Ukraine, was unter anderem bedeute, mehr Munition und Ausrüstung zu liefern und die Verteidigungsindustrie zu fördern. Hegseth fuhr fort:

„Und was noch wichtiger ist, informieren Sie Ihre Bürger offen über die Bedrohung, der Europa ausgesetzt ist. Dazu gehört auch, ihnen klarzumachen, dass dieser Bedrohung nur durch höhere Verteidigungsausgaben begegnet werden kann. Zwei Prozent sind nicht genug; Präsident Trump hat fünf Prozent gefordert, und ich stimme ihm zu.“

Er sei auch gekommen, um unmissverständlich darauf hinzuweisen, dass sich die USA nun vorrangig auf eine ernste Gefahr für ihr Land, auf China, konzentrieren müsse und zeigte sich erfreut über die Bereitschaft der Europäer, in der Ukraine einzuspringen:

„Gemeinsam können wir eine Arbeitsteilung schaffen, die unseren Interessen in Europa und im Pazifik dient. In meinen ersten Wochen als Verteidigungsminister unter der Führung von Präsident Trump haben wir vielversprechende Anzeichen dafür gesehen, dass Europa

diese Bedrohung erkennt, versteht, was getan werden muss, und sich der Aufgabe stellt.“

Diese Anweisungen wurden von der Bundesregierung inzwischen Punkt für Punkt ausgeführt.

Die Abschaffung des Souveräns

Der Bürger hat nichts mehr zu melden. Volksabstimmungen über lebensentscheidende Fragen wie Migration, digitale Versklavung, Krieg und Frieden gibt es nicht. Kommentarfunktionen sind bei den Mainstream-Medien stets deaktiviert. Angela Merkel hat es selber zugegeben, als sie am 3. März 2010 **in einer Rede**

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-794788>) zur Vorstellung des Jahrbuchs des Allensbacher Jahrbuchs der Demoskopie ausführte:

„Wir können im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagen, dass all die großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden. Die Einführung der sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der NATO-Doppelbeschluss, das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung der Bundeswehr in der Welt – fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt. Erst im Nachhinein hat sich in vielen Fällen die Haltung der Deutschen verändert. Ich finde es auch vernünftig, dass sich die Bevölkerung das Ergebnis einer Maßnahme erst einmal anschaut und dann ein Urteil darüber bildet. Ich glaube, das ist Ausdruck des Primats der Politik. Und an dem sollte auch festgehalten werden.“



Ingrid Ansari machte nach dem Abitur eine einjährige Ausbildung zur Fremdsprachenkorrespondentin. Anschließend studierte sie Übersetzen für Englisch und Französisch mit einem Diplom-Abschluss am Auslands- und Dolmetscherinstitut der Universität Mainz. Fast vierzig Jahre lang war sie bis zur Pensionierung am Goethe-Institut e. V. mit Schwerpunkt „Deutsch als Fremdsprache“ tätig. Als lebenslange Leitlinien dienen ihr die Erkenntnisse der Aufklärung und der Psychoanalyse.